

Erinnerung an unbequeme Themen

Kirchengruppen vermissen Sozialaspekt im Wahlkampf

DINKELSBÜHL (bl) - EU-Krise, Euro-Hawk-Debakel oder Ausspäh-Affäre - die schlagzeiträchtigen Themen im Bundestags-Wahlkampf sind weit weg vom Alltagsleben. An diesem ganz nah dran ist das Problem wachsender Armut im reichen Deutschland. Aber so richtig präsent im Wahlkampf sei dieses Thema nicht, finden Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) und Diakonisches Werk, die deshalb beschlossen, es den Mandatsbewerbern der Region in Form unbequemer Fragen vorzusetzen.

Ursprünglich sei geplant gewesen, zu dem Thema eine Podiumsdiskussion mit den regionalen Direktkandidaten der fünf im Bundestag vertretenen Parteien zu organisieren, sagt Michael Dudella, Bildungsreferent des KAB-Kreisverbands Dinkelsbühl/Donau-Ries. Das habe sich wegen terminlicher Probleme aber leider zerschlagen, weshalb die Frageaktion stattdessen in schriftlicher Form über die Bühne ging. „Unser Ansatz ist, dass sich eine reiche Gesellschaft wie die deutsche anders aufstellen müsste, damit es eine derart gravierende Verarmungstendenz nicht gibt“, sagt der für den Raum Dinkelsbühl/Donau-Ries zuständige Betriebsseelsorger Thomas Hoffmann. Nach Einschätzung von Diakon Wolfgang Meyer, der im Rahmen seiner hauptamtlichen Tätigkeit mit vielen Menschen in schwieriger Lage zu tun hat und sich auch beim „Dinkelsbühler Tisch“ engagiert, wird das Thema Armut im Bundestags-Wahlkampf von den Politikern sträflich vernachlässigt.

Christiane Behlert von der Dinkelsbühler Außenstelle des Diakonischen Werks Ansbach erklärt, dass die Zahl der Obdachlosen massiv steige, gerade auch im ländlichen Raum, wo das gern wegdiskutiert werde. Betroffen seien da immer häufiger auch Leute, die durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit herausgefallen seien aus ihrem Mittelschichtsdasein.

Altersarmut, Niedriglohn und hohe Mieten

Ein ungelöstes Problem sei auch die Altersarmut, von der im Landkreis Ansbach in den nächsten Jahren jeder vierte Rentner betroffen sein werde, so die vier KAB- und Diakonie-Vertreter, die deshalb von den Mandatsbewerbern wissen wollten, was von Armut bedrohte Senioren von ihnen zu erwarten hätten. Die zweite Frage lautete, welche Schritte zur Absicherung der Existenzgrundlage von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu erwarten seien. Die dritte widmete sich dem Thema bezahlbarer Wohnraum.

CSU-Bundestagsabgeordneter Josef Göppel (Herrieden) verwies auf die eingeplante Berücksichtigung von Rentenansprüchen für Frauen, die vor 1992 Mütter geworden sind. Auch über die Festlegung einer Mindestrente müsse gesprochen werden, so Göppel, der zur Beseitigung von Billig-Arbeitsverhältnissen die Einführung tariflich ausgehandelter Mindestlöhne in Aussicht stellte. Ein Instrument zur Beschränkung von Mieterhöhungen in Gebieten mit knappem Wohnraum bestehe bereits, erklärte der CSU-Mann.



Wollen an Themen erinnern, die ihrer Meinung nach im Wahlkampf zu kurz kommen (v. l.): Diakon Wolfgang Meyer, Betriebsseelsorger Thomas Hoffmann, Diakonie-Vertreterin Christiane Behlert und KAB-Referent Michael Dudella. Das Foto entstand an der Ausgabestelle des mit dem Armutsproblem direkt konfrontierten „Dinkelsbühler Tisches“. F.: Binder

SPD-Kandidatin Anette Pappler (Pappenheim) votierte für die Einführung einer „Solidarrente“ von mindestens 850 Euro und die Beendigung der „Zwei-Klassen-Medizin“, zu deren Hauptleidtragenden finanzschwache Senioren zählten. Ihre Partei fordere überdies einen Mindestlohn von 8,50 Euro, eine Besserstellung der Leiharbeiter und die Eindämmung von „Schein-Werkverträgen“. Die Probleme am Mietmarkt müssten durch eine Ausweitung der öffentlichen Wohnungsbestände bekämpft werden.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Rainer Erdel (Dietershofen) sprach sich für eine regelmäßige Anpassung der Rentenformel an den demographischen Wandel aus und bezeich-

nete die Verbesserung der Situation von Bäuerinnen und Bauern, die derzeit im Rentensystem nicht gut erfasst seien, als wichtiges Anliegen. Mieter könnten durch eine Senkung der Nebenkosten entlastet werden, weshalb er für eine unverzügliche Korrektur des Öko-Umlagesystems bei der Strompreisberechnung eintrete, so Erdel.

Linken-Bewerber Peter Schlegel (Rothenburg) plädierte für die Heranziehung aller Einkommensarten, also auch von Aktiengewinnen, zur Finanzierung der solidarischen Sozialversicherung für eine Mindestrente von 900 Euro und für einen Mindest-Stundenlohn von zehn Euro. Die unbefristete Sozialbindung von öffentlich gefördertem Wohn-

raum müsse sichergestellt, ein weiteres Ansteigen der Mieten durch politische Maßnahmen verhindert werden, so Schlegel.

Sina Doughan, aus Oberbayern stammende Direktkandidatin der Grünen im Bundeswahlkreis Ansbach, forderte eine steuerfinanzierte Garantierente von 850 Euro, den langfristigen Umbau der Renten in eine BÜrgerversicherung, die Festsetzung eines Mindestlohns von 8,50 Euro und das Ersetzen von Mini-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Begrenzt werden müsse die regelmäßige Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmieten. Außerdem müssten energetische Umbaumaßnahmen gefördert werden, um die Nebenkosten zu senken.